

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9039/39
Telefax: 886 848 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Annemarie Renger
MdB zum 45. Jahrestag
der ersten großen SPD-
Konferenz nach dem
zweiten Weltkrieg: Von
Wennigsen nach Berlin.
Seite 1

Dr. Richard Schröder
MdB zur Bedeutung
der Einigung für die
Sozialdemokraten: Der
deutsche Osten, die
SPD und das Vater-
land.
Seite 2

Karl-Heinz Hiersemann
MdL zur zunehmenden
Hetze gegen die Asyl-
bewerber: Der CSU
brennen die Sicherun-
gen durch.
Seite 4

Herbert Bernreiter
zum 70. Geburtstag
des SPD-Politikers,
dessen verkehrspoliti-
scher Plan jetzt von
Unions-Politikern auf-
genommen wird: Späte
Genugtuung für
"Schorsch" Leber.
Seite 5

45. Jahrgang / 190

4. Oktober 1990

Von Wennigsen nach Berlin

Zum 45. Jahrestag der ersten großen SPD-Konferenz nach dem zweiten Weltkrieg

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

In der Nachkriegsgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nimmt die Konferenz von Wennigsen am 5. und 6. Oktober 1945 einen entscheidenden Platz ein. An dieser Konferenz nahmen trotz der von den Besatzungsmächten verursachten Schwierigkeiten Delegierte aus allen Bezirken der SPD teil sowie Otto Grotewohl, Max Fechner und Gustav Dahrendorf von dem bereits am 15. Juni 1945 in Berlin konstituierten "Zentralausschuß" der SPD.

Kurt Schumacher setzte während dieser Konferenz durch, daß die Partei in den drei westlichen Besatzungszonen ihre selbständige Führung behielt.

Das Streben nach einer "Aktionseinheit" von Kommunisten und Sozialdemokraten wurde energisch zurückgewiesen. Auch die damalige östzonale Führung der SPD unter Grotewohl, wie auch Mitglieder des noch im Londoner Exil weilenden Vorstandes der SPD stimmten dieser politischen Entscheidung zu.

"Im Sinne der deutschen Politik ist die Kommunistische Partei überflüssig. Ihr Lehrgebäude ist zertrümmert, ihre Linie durch die Geschichte widerlegt. Nachdem ihre Hoffnung, sich als führende Arbeiterpartei zu etablieren und zur einzigen Arbeiterpartei entwickeln zu können, von den Tatsachen so völlig unmöglich gemacht wurde, mußte sie nach dem großen Blutspender suchen. Das Rezept ist die Einheitspartei, die einen Versuch darstellt, der Sozialdemokratischen Partei ein kommunistische Führung aufzuzwingen. International wäre jeder Schritt auf diesem Wege eine außenpolitische Parteinarbeit und würde eine Gleichgewichtsstörung von deutscher Seite bedeuten."

Während die SPD im westlichen Teil Deutschlands sich als eigenständige, von keiner Besatzungsmacht abhängige Partei entwickeln konnte, standen die Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone unter dem starken Druck der Sowjetischen Militärverwaltung, sich mit der Kommunistischen Partei zu einer Einheitspartei "zu vereinigen". Mit Hilfe der Verschmelzung der beiden "Arbeiterparteien" versuchte die damalige Politik der Sowjetunion eine politische und strategische Erweiterung ihres Einflußgebietes in den Westen zu erreichen. Das mußte verhindert werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtung
zur
Recycling-Papier



Auch konkrete Erfahrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit waren von Bedeutung, in denen sich zeigte, daß die politischen Aktivitäten der wiedererstandenen deutschen Sozialdemokratie von den Kommunisten gestört wurden.

Kurt Schumacher sah sich in seiner Auffassung bestätigt, wonach der Begriff 'Demokratie' für die deutschen Kommunisten 'eine ganz substanzlose Phrase' sei. In seiner Darstellung prinzipieller Ausgangspositionen sozialdemokratischer Politik nach dem Ende des 2. Weltkrieges gelang es Kurt Schumacher, eine breite Zustimmung für seine Analyse zu gewinnen.

Trotz anfänglicher Meinungsverschiedenheiten über den Führungsanspruch der Partei einigten sich Grotewohl und Schumacher dahingehend, daß Kurt Schumacher die Partei im Westen vertreten sollte und Otto Grotewohl die Interessen der Partei in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin wahrnehmen sollte.

Die entscheidende Aussage auf diesem Kongreß war aber, daß sich beide Männer darin einig waren, auch und gerade der sowjetischen Besatzungsmacht gegenüber zu erklären, daß nur die Gesamtpartei auf einem Parteitag über eine eventuelle Verschmelzung der beiden Parteien entscheiden werden könne. Otto Grotewohl erklärte weiter, daß, wenn der Druck auf die Sozialdemokraten unerträglich würde, er lieber die Partei auflöste als einer Vereinigung zuzustimmen.

Otto Grotewohl hat dieses Versprechen nicht gehalten. Der physische und psychische Druck war zu stark und auch die Illusion, daß die um ein Vielfaches stärkere Sozialdemokratie einer kommunistischen Kaderpartei ihren Stempel aufdrücken könnte.

Ein halbes Jahr nach der dann erzwungenen Verschmelzung der beiden Parteien in der SBZ waren etwa 20.000 Sozialdemokraten, die sich gegen die Zwangsvereinigung gewehrt hatten, in den Gefängnissen der Staatsmacht SED. Wie aber die Meinung der Sozialdemokraten wirklich war, das konnte man an dem Abstimmungsergebnis über die Urabstimmung der Berliner Sozialdemokraten ermesen, die sich unter Franz Neumann von der Grotewohl-Pieck SED getrennt hatten. Weit über 80 Prozent hatten sich gegen die Zwangsvereinigung ausgesprochen.

Ein neuer, totalitär geprägter Machtanspruch kam auf die Deutschen in Gestalt der SED zu, die sich aus der Zwangsvereinigung von Sozialdemokratien und Kommunisten im sowjetischen Besatzungsgebiet Deutschlands gebildet hatte.

Jetzt, nach über 40 Jahren der organisatorischen Trennung, ist auf dem Berliner Parteitag die Zwangsvereinigung durch den freien, demokratischen Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Parteien in Deutschland zu einer organisatorischen Einheit überwunden worden.

(-/4. Oktober 1990/rs/fr)

Der deutsche Osten, die SPD und das Vaterland Zur Bedeutung der Einigung für die Sozialdemokraten

Von Dr. Richard Schröder MdB

I.

Die SPD ist in der DDR nicht von Bonn aus gegründet worden. Die sozialdemokratische Tradition und die Hochachtung, die sich sozialdemokratische Politiker der Bundesrepublik auch in der DDR erworben haben, haben ohne jede Manipulation diese Gründung bewirkt. Hier sind besonders zu nennen Willy Brandts mutiges Engagement in Berlin/West und seine nicht weniger mutige neue Ostpolitik.

II.

Die Neugründung der SPD in der DDR hat der SED/PDS wirksam den Anspruch bestritten, aufgrund der Zwangsvereinigung Mitverwalterin der sozialdemokratischen Tradition zu sein. Wir sollten uns nicht unter der

Etikette "links" mit der PDS zusammenfassen lassen. Die SPD-Ost ist die stärkste sozialdemokratische Partei in den ehemals sozialistischen Ländern, ich vermute: weil sie sich gegen die SED gegründet hat.

III.

Die SPD-Ost hat durch die Beteiligung an der Koalition bewiesen, daß sie, obwohl erst ein halbes Jahr alt, nicht verantwortungsscheu ist, sondern auch unter widrigen Umständen wirkliche Probleme zu lösen bereit ist, statt träumend-schmollend abseits zu stehen. Wir wünschen uns, daß die vereinigte SPD eine realpolitische Partei ist, die in ihrer Programmatik Augenmaß behält, sensibel für die Schwachen und sensibel für Gefahren, aber frei von Träumereien am Kamin. Das Himmelreich auf Erden, die Illusion vom problemlosen Leben, das universelle Glücksversprechen dürfen nicht in unserer Programmatik vorkommen. Wir hier sind gebrannte Kinder.

IV.

Die vereinigte SPD muß sich um ein sozialdemokratisches Verständnis von "Vaterland" bemühen. Das deutsche Vaterland ist nichts Heiliges und auch gegenüber anderen Vaterländern nichts Besonderes - wir verweigern uns auch in Zukunft dem nationalistischen Dünkel -, aber es stiftet eine Solidar- und Haftungsgemeinschaft, die sich in den nächsten Jahren besonders bewähren muß. Sozialdemokraten werden sich besonders dafür einsetzen, daß die Lebensverhältnisse im vereinigten Deutschland möglichst bald an einander angeglichen werden.

V.

Zwei Themen sind der SPD in diesem Jahr bereits aus den Besonderheiten der DDR-Situation zugewachsen, die nicht zu den traditionellen Themen der SPD gehören:

- a) Die gefährdeten Rechte der Eigenheimbauer und Eigenheimbesitzer in der DDR. Wir sind wirksam für sie eingetreten.
- b) Die Probleme der DDR-Landwirtschaft. Der genossenschaftliche Gedanke ist alte sozialdemokratische Tradition.

Sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik sollte das klare Nein zu jeder Form von Zwangskollektivierung verbinden mit einer Förderung des Genossenschaftsgedankens auf freiwilliger Grundlage. Landwirtschaftspolitik muß in der SPD verstärkt werden.

VI.

Die sozialdemokratische Ostpolitik der zurückliegenden Jahre hat der SPD einen hohen Kredit in den Ländern Osteuropas eingebracht. Dieser sollte in einer neuen Ostpolitik genutzt werden, indem die gewachsenen Verbindungen in den Ländern der ehemaligen DDR zu den Ländern Osteuropas genutzt und ausgebaut werden. Die Einigung Deutschlands bedeutet zunächst für die osteuropäischen Länder eine Trennung vom Wirtschaftsgebiet "DDR". Damit ist für viele dieser Länder ein bezifferbarer Schaden entstanden. Demokratie und Freiheit und damit auch solide soziale Sicherheit (die nicht auf zweifelhaften Staatswohlthaten beruht) haben aber in Osteuropa nur bei wirtschaftlicher Entwicklung eine Chance. Wir müssen sozusagen in Handarbeit wirtschaftliche Kontakte über die EG-Grenze hinweg nach Osteuropa fördern. Alle EG-Länder und auch die skandinavischen Länder stehen in einer Verantwortung gegenüber Osteuropa.

VII.

Europa ist nicht die Welt. Wir müssen das Kunststück fertig bringen, trotz der großen Probleme im vereinigten Deutschland und der noch größeren Probleme in Osteuropa die noch größeren Nord-Süd-Probleme im Auge zu behalten.

VIII.

Die alte DDR war ein größerer Umweltsünder als die Bundesrepublik. Trotzdem müssen wir aufpassen, daß wir nicht in eine Aufbau-Euphorie geraten, die in den ökologischen Fragen fürte grade sein läßt. Das "Sero"-System der DDR ist - zu unserer Schande - zusammengebrochen. Das muß repariert und nach Westen exportiert werden. Wir dürfen uns nicht zu fein dafür sein, solche "banalen" Sachen zum Thema zu machen.

IX.

In der SPD haben sich besonders viele evangelische Theologen engagiert. Sie haben das getan, weil sie der programmatisch atheistischen SED nicht eine programmatisch christliche oder religiöse Partei gegenüberstellen wollten, sondern weil sie für definierte politische Ziele die Zusammenarbeit mit allen gesucht haben, die dieselben Ziele gutheißen, unabhängig von ihrer weltanschaulichen Bindung. Es ist unsere Erwartung, daß die SPD weiterhin keine kirchliche und keine antikirchliche Partei ist.

(-/4.10.1990/rs/ks)

Der CSU brennen die Sicherungen durch
Zur zunehmenden Hetze gegen die Asylbewerber

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag
SPD-Spitzenkandidat für die bayerische Landtagswahl

Die Sorge, bei der bevorstehenden Landtagswahl die Quittung für jahrzehntelange landespolitische Versäumnisse zu erhalten, läßt bei der CSU in der Endphase des Wahlkampfes jetzt offenbar alle Sicherungen durchbrennen.

In Ermangelung positiver Konzepte wird jetzt in einer Art und Weise auf die Schwächsten und Rechtlosesten in der Gesellschaft eingeschlagen, die den Anspruch der CSU, eine christliche Partei zu sein, als pure Heuchelei entlarvt.

Die Entgleisung des Innenministers Stoiber, Minderheiten hätten auch dann keinen Anspruch auf Asyl, wenn sie "von der Bevölkerung massakriert würden", ist nur der vorläufig traurige Höhepunkt einer Kampagne, mit der sich die Initiatoren als scheinheilige Prozessionschristen entpuppen.

Stoiber folgt in seiner Menschenverachtung damit seinem Kabinettskollegen Zehetmair, der vor einem Jahr sein Befremden darüber äußerte, daß ein Ghanese, dem wegen Unterschlagung in seiner Heimat das Abschlagen der Hand drohte, nicht ausgewiesen wurde.

Die "Sozial"-Staatssekretärin Stamm rief kürzlich offen zum Rechtsbruch auf, als sie damit drohte, der Freistaat werde trotz bindender Verpflichtungen seine Aufnahmequote von Asylbewerbern nicht mehr erfüllen.

Wo die CSU-Oberen derart im Schlamm wühlen, muß es nicht verwundern, wenn auch das Fußvolk bei jeder Gelegenheit "die Sau rausläßt". Jüngstes Beispiel dafür ist der Deggendorfer Abgeordnete Hans Wallner, der kurzerhand alle Richter zum "Gesindel" erklärte, "die wollen, daß die Asylanten dableiben", und dies in einem Leserbrief an die "Deggendorfer Zeitung" vom 25. September dahingehend verschlimm-besserte, daß er "nur" jene gemeint habe, die das "Grundgesetz anders interpretieren als die Mehrheit". Wer anderer Meinung als die Mehrheit ist, gehört demnach zum "Gesindel".

Was die CSU - etwa auch mit ihrer Hetzkampagne in München - erreichen will, ist schwer verständlich. Soviel müßte sie doch aus dem Wahlkampf 1986 gelernt haben: Das Bemühen, Schönhuber und seinen schon politisch totgeglaubten Verein rechts zu überholen, bringt ihr selbst keine einzige zusätzliche Stimme, sondern nützt nur den Rechtsradikalen. Wenn die "Republikaner" sich wieder im Aufwind wännen können, verdanken sie dies allein der CSU.

Eine sachliche Debatte über die Asylproblematik ist in einem derart aufgeheizten Klima nicht möglich. Wer sich christlichen Wertvorstellungen verpflichtet fühlt, wird sich angewidert von der CSU abwenden. Was hier veranstaltet wird, ist also nicht nur zutiefst unanständig, sondern auch noch politisch töricht.

Die SPD jedenfalls wird sich von dieser fast schon pogromartigen Stimmungsmache nicht beirren lassen. Wir haben eine Fülle von Vorschlägen unterbreitet, wie einem offenkundigen Mißbrauch des Asylrechts begegnet werden kann. Aber wir werden nicht wegen der Aussicht auf die eine oder andere Stimme in den Chor gezielter Fremden- und Ausländerhasses einstimmen. Als Garant von Toleranz, Liberalität und Humanität haben wir Sozialdemokraten die CSU längst abgelöst.

(-/4.10.1990/rs/ks)

Späte Genußtuung für "Schorsch" Leber

Zum 70. Geburtstag des SPD-Politikers, dessen verkehrspolitischer Plan jetzt von Unions-Politikern aufgenommen wird

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz

Wenige Tage vor dem 70. Geburtstag des bedeutenden Sozialdemokraten und Gewerkschafters Georg Leber, den das Präsidium des Deutschen Bundestages und die SPD am 10. Oktober in der Godesberger Redoute festlich begehen werden, ist dem Bundesverkehrsminister der Großen Koalition eine späte, aber um so eindrucksvollere Genußtuung widerfahren: Fast am gleichen Tag riefen der bayerische CSU-Wirtschaftsminister und der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg nach einer Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Schiene. In München will man "keine Verlagerung mit der Brechstange", der Stuttgarter CDU-Fraktionschef verlangt aber für die Schiene "absolute Priorität". Konkret nennt der CDU-Mann das Schaffen "der Voraussetzungen für den kombinierten Verkehr" und den Bau oder Ausbau von zahlreichen Containerbahnhöfen, außerdem dürfe der Bahnverkehr bei der staatlichen Finanzierung "nicht länger benachteiligt werden". Was bekanntlich in diesem Jahr wieder geschehen ist.

Mit ihren Überlegungen haben die Verkehrspolitiker der Union, die spätestens mit der Autobahnsperre nach dem längerfristigen Ausfall der Inntalautobahn bei Kufstein akut wurden, eine Linie - wenigstens teilweise - übernommen, die seit über 20 Jahren Realität sein könnte: wenn in der Großen Koalition mit der CDU/CSU (1966 bis 1969) und in der Zeit des sozialliberalen Bündnisses (1969 bis 1982) der Leber-Plan nicht in seinen entscheidenden Teilen von Union und FDP zerfasert hätten, die wichtigste verkehrspolitische Weichenstellung seit Gründung der Bundesrepublik.

Die Pressekonferenz im Sitzungssaal der Unionsfraktion im Bundestag, mit der Georg Leber seinen umfassenden Plan zur Neu- und Umgestaltung des Verkehrs der Bundespressekonferenz und dem Verein Auswärtige Presse vorstellte, ist den "alten Hasen" unter den Bonner Journalisten unvergeßlich. Die "Pressestunde" des Georg Leber endete wie noch nie eine Veranstaltung der Parlamentsjournalisten beschlossen wurde: mit Beifall, mit minutenlangem Bleistiftklappern und Tischklopfen. Hilde Purwin, fast 40 Jahre Bonner NRZ-Korrespondentin, sagte damals: "Das ist einmalig, das hat es noch nie gegeben." Und nach meiner Erinnerung hat einen derart spontanen Beifall der kritischen Begleiter der Bonner Regierungs- und Parlamentsarbeit auch seither niemand mehr erhalten: "Schorsch" hatte mit seinem umfassenden Verkehrsprogramm, das vom Tage der Pressekonferenz mit seinem Namen verbunden war ("Leber-Plan") überzeugt. Er hatte sich bis ins Detail vorbereitet gezeigt - für den "Huckepackverkehr" brachte er kleine Modelle für die Huckepackfahrzeuge mit in den größten Sitzungssaal des Bundeshauses -, er vermochte aber auch die Probleme im Theoretischen zu bewältigen. Als Voraussetzung für seine ökologisch und ökonomisch durchdachten Planungen, die der Schiene hohe Priorität einräumte, nannte er beispielsweise das Abschaffen der "Schleppsäbelmentalität" bei einem Teil der höheren Bahnchancen. Er vermöge nicht einzusehen, daß das Ausfüllen eines Frachtbriefes bei der Bahn noch ein hoheitlicher Akt, bei der Konkurrenz von der Straße aber längst selbstverständliche Dienstleistung sei...

Wie gesagt: im Herbst 1967 hatte Georg Leber eine gute Presse. Der damals gerade 47jährige durfte das sichere Gefühl haben, den verkehrspolitischen Durchbruch geschafft zu haben. Ab er schon wenige Wochen später spürte er kräftigen Gegenwind. Die Parlamentslobby der Straßenverkehrsverbände, angeführt vom verkehrspolitischen Sprecher der Union, Ernst Müller-Hermann (Bremen), wurde aktiv. Das zeigte sich schon bei den Beratungen im Kabinett, wo der "Leber-Plan" mit einigen Modifizierungen beschlossen wurde.

vom verkehrspolitischen Sprecher der Union, Ernst Müller-Herrmann (Bremen), wurde aktiv. Das zeigte sich schon bei den Beratungen im Kabinett, wo der "Leber-Plan" mit einigen Modifizierungen beschlossen wurde. Alex Möller, damals Erster Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, war darob nicht böse: es seien einige Härten in Georg Lebers Plan ausgeschaltet und einige echte Konflikte entschärft worden, meinte Möller später. Aber die Lobby, die in der Zwischenzeit die Ladeflächen der "Brummi's" für die Anti-Leber-Kampagne einschaltete, bekam anderthalb Jahre vor der Bundestagswahl 1969 kräftige Schützenhilfe aus den Reihen der Koalition. Am 21. Januar 1968 beschloß die Unionsfraktion, konkrete Gegenvorschläge mit beträchtlichen Änderungswünschen vorzulegen.

Zeitraubende und harte Gespräche unter den Verkehrspolitikern der Koalition folgten. Wegen des Widerstands von Ernst Müller-Herrmann brachte der damalige Fraktionsvorsitzende Heimit Schmidt den Streit um Lebers Plan schließlich in der Koalitionsspitze, den sogenannten "Kreßbronner Kreis". Dort zeigte sich, daß Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger sich hinter seinen sozialdemokratischen Kabinettskollegen Leber stellte. Das war eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die Koalitionsfraktionen am 28. Juni 1968 einem Kompromiß zustimmten, den Georg Leber zähneknirschend und offenkundig verärgert übernahm und politisch vertrat:

1. Für den gewerblichen Güterfernverkehr wird vom 1. Januar 1969 an eine Beförderungssteuer von einem Pfennig je Tonne und Kilometer erhoben. Für den Werkfernverkehr gelten folgende Steuersätze: für Lastwagen bis vier Tonnen mit Anhänger je drei Pfennig je Tonne und Kilometer, für Wagen bis fünf Tonnen vier, für solche von sechs Tonnen an fünf Pfennig je Tonne und Kilometer.
2. Eine Verbotsliste für die Beförderung bestimmter Waren auf der Straße wird nicht eingeführt. Anstelle der Verbotsliste stehen Bundesverkehrsminister Leber jährlich 250 Millionen DM zur Verfügung für ein Programm zur "marktkonformen Umlenkung" des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Hier ist an den Bau von Container-Umschlagstellen sowie an die Förderung des Huckepack- und Container-Verkehrs gedacht.
3. Die Beförderungssteuer soll von 1970 an im Zuge der Harmonisierung der Verkehrspolitik in der EWG durch ein System von Straßenbenutzungsgebühren abgelöst werden, das die Wegekosten berücksichtigt.

Alex Möller, an den Beratungen des "Kreßbronner Kreises" beteiligt, erinnert sich in seinen Memoiren: "Es zeigte sich, daß es gar nicht so schwer ist, unter Experten Gespräche so zu führen, daß man sich immer weiter voneinander entfernt." Und resignierend stellte er 1978 auch fest: "Wenn ich mir den Schaden besehe (der durch die Nichtdurchsetzung wichtiger Teile des Leber'schen Konzepts entstand), dann merke ich, daß unsere Bemühungen vergleichbar sind mit dem Versuch der Stechmücke, einem Elefanten beizukommen."

Und so ist es geblieben: Georg Leber muß nach über 20 Jahren erleben, daß die Bundesbahn noch immer das Stiefkind der amtlichen Verkehrspolitik ist und nach wie vor Milliardendefizite einfahren muß, er muß hören, daß der "Verkehrs-Infarkt" nicht nur wegen der Alpenüberquerungen akut ist. Aber wie gesagt: Der heute 70jährige Georg Leber und seine politischen und verkehrspolitischen Weggefährten sehen mit Genugtuung und Zorn, daß zwei Jahrzehnte später auch in der Union die Verkehrspolitiker da angekommen sind, wo Sozialdemokraten Ende der 60er Jahre schon waren. Eine bittere Erkenntnis, weil die Versäumnisse nicht nur Schäden an der Umwelt verursachten, sondern auch an Fernstraßen, Autobahnen und Brückenbauten nachweisbar an die 100-Milliarden-Grenze herangekommen sind: Leber wollte nicht mit der Brechstange arbeiten, sondern mit gezielten steuerlichen Maßnahmen den Fernverkehr auf die Schiene zurückbringen. Er stützte sich bei der Berechnung etwa der Zerstörungskraft der großen Lastzüge im Vergleich zu Pkw's auch nicht in erster Linie auf Daten aus dem eigenen Haus, sondern auf neutrale Untersuchungen in den USA, auf den Aasho-Test. Es ist unvergeßlich, wie Leber auf dem Bundeskongreß des Güterfernverkehrs 1968 in Bad Neuenahr auf der Basis der US-Tests nachwies, daß ein Schwerlastwagen etwa 10.000 Meter mehr Zerstörungskraft an Straßen und Brücken mit sich bringe als ein durchschnittlicher Mittelklassewagen, daß er aber nur etwa das Zehnfache an Steuern aufbringe... Und auch daran hat sich seither so gut wie nichts geändert.

(-/4.10.1990/rs/ks)
